

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschussdrucksache 20(22)65

25. November 2022

Stellungnahme Prof. Dr. Martin Aust

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
Realisierungsvorschlag zur Errichtung eines Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg und
deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“
BT-Drucksache 20/1845

Stellungnahme zum Realisierungsvorschlag zur Errichtung eines Dokumentationszentrum „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ im Deutschen Bundestag, 20. Wahlperiode, Ausschuss Kultur und Medien, Drucksache 20/1845

Prof. Dr. Martin Aust (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn)

- 1) Es ist zu begrüßen, dass der Deutsche Bundestag die Umsetzung des Parlamentsbeschlusses vom 9. Oktober 2020 – Drucksache 19/23126 – voranbringt.
- 2) Die Stärken des Realisierungsvorschlags liegen in der komprimierten Darstellung von Themenschwerpunkten in der Dauerausstellung sowie der internationalen Kooperation mit den Wissenschaften und Zivilgesellschaften anderer Länder im Offenen Forum und im Fellowship-Programm.
- 3) Die Spezifika des deutschen Vernichtungskriegs im östlichen Europa, wie sie im Beschluss des Deutschen Bundestages vom 9. Oktober 2020, Drucksache 19/23126 dargelegt sind, treten im Realisierungsvorschlag zu stark in den Hintergrund. Die Einbeziehung einer topographischen Gliederungsebene in die Dauerstellung würde einen wichtigen Beitrag leisten, diese Spezifika stärker sichtbar zu machen.

Zu Punkt 1

Es ist zu begrüßen, dass der Deutsche Bundestag die Umsetzung des Parlamentsbeschlusses vom 9. Oktober 2020 – Drucksache 19/23126 – voranbringt. Bereits im Vorfeld des Bundestagsbeschlusses war erkennbar, dass das Sprechen über die Vergangenheit des Zweiten Weltkriegs zunehmend entlang von Konfliktlinien erfolgte. Der Wunsch, in Europa in einem dialogischen Erinnern das wechselseitige Verständnis für die Erinnerungskulturen anderer Länder zu entwickeln, sah sich zunehmend mit einer Praxis antagonistischer Erinnerung konfrontiert. Geschichtspolitik in einer Reihe von Ländern im östlichen Europa versuchten, eine nationale Lesart der Geschichte ihres Landes ultimativ als historische Wahrheit festzuschreiben. Aus dieser antagonistischen Erinnerungskultur ragt nun der Versuch der Präsidenten Russlands Wladimir Putin heraus, einen hochgradig manipulativen Umgang mit der Vergangenheit für die Rechtfertigung des Angriffskriegs Russlands auf die ganze Ukraine und die russischen Kriegsverbrechen in der Ukraine zu missbrauchen. Dies wird es weiter erschweren, Erinnerungskonflikte im Dialog zu behandeln. Putins Missbrauch des sowjetischen Weltkriegssiegs für seinen Angriffskrieg darf nicht dazu führen, dass die sowjetischen Opfer des deutschen Vernichtungskriegs, gleich ob es sich um Menschen aus Belarus, Ukraine oder Russland handelt, in Deutschland vergessen werden.

Umso wichtiger erscheint es, dass der Deutsche Bundestag nicht darin nachlässt, auf die Umsetzung des Beschlusses vom 9. Oktober 2020 zu dringen. Insbesondere der deutsche Vernichtungskrieg im östlichen Europa von 1939 bis 1945 ist mit seinen zahlreichen

Massenverbrechen eine Leerstelle im öffentlichen und sozialen Bewusstsein der Bundesrepublik, die es zu schließen gilt. Meine folgenden Anmerkungen beruhen auf meinem Buch „Erinnerungsverantwortung. Deutschlands Vernichtungskrieg und Besatzungsherrschaft im östlichen Europa 1939 – 1945“, das 2021 bei der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen ist und hier kostenfrei als E-Buch heruntergeladen werden kann:

<https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/340668/erinnerungsverantwortung/>

Zu Punkt 2

Die Stärken des Realisierungsvorschlags liegen in der komprimierten Darstellung von Themenschwerpunkten in der Dauerausstellung sowie der internationalen Kooperation mit den Wissenschaften und Zivilgesellschaften anderer Länder im Offenen Forum und im Fellowship-Programm. Die Darstellung des extrem vielschichtigen und geographisch weit ausgreifenden Stoffes kann in einer thematischen Gliederung eine Bündelung erfahren, die geschichtswissenschaftlich begründet ist und den Erfordernissen einer Ausstellung Rechnung trägt. Das Offene Forum und das Fellowship-Programm sind geeignete Instrumente, um den internationalen Austausch mit den Wissenschaften und Zivilgesellschaften anderer Länder produktiv in die Arbeit des Dokumentationszentrums einzubeziehen. Auch wenn das Dokumentationszentrum primär einer deutschen Erinnerungsverantwortung nachkommt, eine Leerstelle der deutschen Erinnerung zu schließen, ist es eine wichtige Aufgabe, dies nicht im Monolog, sondern im Austausch mit den Nachfahren jener Gesellschaften zu tun, die im Zweiten Weltkrieg unter deutscher Besatzung standen.

Zu Punkt 3

Die Spezifika des deutschen Vernichtungskriegs im östlichen Europa, wie sie im Beschluss des Deutschen Bundestages vom 9. Oktober 2020, Drucksache 19/23126 dargelegt sind, treten im Realisierungsvorschlag zu stark in den Hintergrund. Die Einbeziehung einer topographischen Gliederungsebene in die Dauerstellung würde einen wichtigen Beitrag leisten, diese Spezifika stärker sichtbar zu machen.

Der Realisierungsvorschlag entwirft ein europäisches Panorama der deutschen Besatzungsherrschaft im Zweiten Weltkrieg. Die Themenschwerpunkte sind die Sichtachsen durch die Besatzungslandschaften. Sexuelle Gewalt deutscher Besatzer fehlt in diesem Panorama der Themenschwerpunkte ebenso wie die zahlreichen sogenannten verbrannten Dörfer vor allem im östlichen Europa, in Polen sowie in der Sowjetunion in Belarus, der Ukraine und Russland. Letzteres steht pars pro toto für eine sicherlich nicht beabsichtigte, aber im Resultat des Panoramas sich ergebende Abschwächung der Darstellung des deutschen Vernichtungskriegs im östlichen Europa. Der den Themenschwerpunkten inhärente vergleichende Blick auf unterschiedliche Gesellschaften unter deutscher Besatzung kann zwei Wirkungen haben. Er kann entweder die Spezifika von Besatzungsherrschaft und Gewalterfahrung in bestimmten Gesellschaften und an bestimmten Orten in einer europäischen Perspektive abschwächen oder aber gezielt herausarbeiten.

Letzteres ließe sich erreichen, wenn die thematische Gliederung der Schwerpunkte um eine topographische Gliederungsebene ergänzt wird. Der Blick auf bestimmte Orte, die für bestimmte Verbrechen stehen, schärft die Wahrnehmung der Spezifika unterschiedlicher Grade von Vernichtungsgewalt der Täter sowie Verfolgungs- und Vernichtungserfahrung der Opfer. Dabei ist es fundamental, den Verfolgten und Opfern selber Namen und Stimme zu geben, sie in ihren Selbstzeugnissen zu Wort kommen zu lassen. Bereits während des Krieges hat es in Polen und der Sowjetunion zahlreiche Initiativen gegeben, die Verbrechen der Deutschen zu dokumentieren. Aus diesem Material kann das Dokumentationszentrum eindrückliche Berichte schöpfen, um die Geschichte der Verfolgten und Opfer und die Geschichte ihres Widerstandes zum Sprechen zu bringen. Solche dokumentarischen Leistungen bereits während des Krieges ließen sich auch, aber nicht nur unter dem Themenschwerpunkt Widerstand fassen. Die Verbrechen bereits im Krieg zu dokumentieren war ein Akt des Widerstands gegen das Kalkül der Deutschen, die Spuren der Verbrechen zu beseitigen, um sie nach dem Krieg im Schweigen in Vergessenheit geraten zu lassen. Ein anschauliches Beispiel für einen topographischen Zugang zu der Thematik mit sprechenden Zeitzeugen-Aussagen ist das kürzlich mit dem Bayerischen Sachbuchpreis 2022 ausgezeichnete Buch „Offene Wunden. Reisen zu den Erinnerungsorten des Zweiten Weltkriegs in Osteuropa“ der Historikerinnen Dr. Franziska Davies (LMU München) und Dr. Katja Makhotina (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn):

<https://www.wbg-wissenverbindet.de/shop/41708/offene-wunden-osteuropas>

Zu den Spezifika des Vernichtungskriegs im östlichen Europa gehören auch die Radikalisierungsschübe von Krieg und Besatzung. Es ist zu begrüßen, dass der Realisierungsvorschlag den Stand der Forschung aufgreift, der den Beginn des Vernichtungskriegs mit dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 datiert. Zugleich sind die folgenden Überfälle jedoch nicht allein chronologische Stationen auf einem aus einem Guss entworfenen Krieg. Gerade der Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 stellt einen multiplen Radikalisierungsschub dar, in dem die Geschichten des Holocaust und des Vernichtungskriegs in der Sowjetunion miteinander verwoben sind.

An einer Stelle spricht der Realisierungsvorschlag von der „Ostfront in Russland“ (S. 5). Hier ist ein durchgängiger historiographischer Sprachgebrauch wichtig, der konsequent von der Front in der Sowjetunion spricht. Ansonsten droht eine russozentrische Lesart sowjetischer Geschichte. Zur nötigen Balance des Dokumentationszentrums gehört die Aufgabe, die bislang im deutschen Blick vernachlässigten belarusischen und ukrainischen Opfer des deutschen Vernichtungskriegs in der Sowjetunion deutlich zu benennen, ohne dabei jedoch die russischen Opfer zu vergessen.

Bonn, 24. November 2022